



*Berlin.01.10.2005*

*Liebe Kolleginnen und Kollegen,*

wir haben gewählt! Nicht so, wie dies Parteien und Politiker gerne gehabt hätten. Die Wählerinnen und Wähler wollten ganz offensichtlich keine Experimente und sie wollten keinen totalen Kurswechsel in der Wirtschaftspolitik. Deshalb bekam Schwarz-Gelb keine Mehrheit. Das Wahlvolk war aber auch der Meinung, dass die bisherige Bundesregierung einiges hätte besser machen können, deswegen die Kündigung für Rot-Grün. Auffallend war, dass sich viele erst im letzten Moment in der Wahlkabine entschlossen haben. Zu dieser Gruppe gehörten nach meiner Beobachtung viele Kolleginnen und Kollegen aus dem öffentlichen Dienst. Sie bewerteten die „bösen Taten“ Arbeitszeitverlängerung, Streichung und Kürzung bei Urlaubs- und Weihnachtsgeld, Blockade bei Tarifverhandlungen, Begehrlichkeiten in der Föderalismusdebatte und die Versprechungen in den Wahlprogrammen.

Die Politik muss also nun zur Kenntnis nehmen, dass es keine Mehrheit für Schwarz-Gelb gibt, dass aber auch die bisherige Koalition Rot-Grün noch weniger auf die Waage bringt. Gerade die Konstellation von Schwarz-Gelb versah die Steuerpolitik mit einem großen Stellenwert. Es hat sich erneut gezeigt, dass man mit Steuerpolitik einen Wahlkampf nicht erfolgreich führen kann. Die Materie ist zu komplex, so dass sich klare Botschaften nicht vermitteln lassen. Die Botschaft von niedrigen Steuersätzen hörte man wohl, doch fehlte der Mehrheit ganz einfach der Glaube. Dem Normalbürger geht die Einsicht ab, dass mit niedrigen Steuersätzen mehr Einnahmen zu verzeichnen sind.

Die Mitbürgerinnen und Mitbürger wissen, dass die Staatskassen leer sind und dass die Haushalte nur mit hohen Neuverschuldungen über die Runden gebracht werden. Dies bereitet zunehmend Unbehagen. Wer in dieser Situation Steuersenkungen verspricht, den sieht die Mehrheit als unglaubwürdig an.

Wenn in den Medien Beispielsrechnungen angestellt wurden, wonach fast jeder weniger Steuern zahlt, Großverdiener sogar sechsstellige Beträge sparen, dann ahnt der Normalbürger, dass irgendetwas nicht stimmen kann. Wenn man erläutert, dies sei durch Streichen von Ausnahmen gegen zu finanzieren, glaubt dies keiner oder erinnert sich an seinen persönlichen kleinen Ausnahmeposten, der gestrichen werden würde. Sonntags- und Nachzuschläge und Pendlerpauschalen stehen dann schnell im Mittelpunkt der Diskussionen.

Weil eine große Koalition zu erwarten ist, erscheint auch realistisch, dass in politisch ruhigeren Zeiten mit der Zusammenfügung beider Wahlprogramme Korrekturen des bisherigen Steuersystems machbar sind. Es wird keine „Reichensteuer“ geben. Es gibt in der Bevölkerung auch keine Mehrheit für eine Privilegierung der Einkünfte aus Kapitalvermögen. Wir brauchen eine gemeinsame Anstrengung Steuerbetrug und Steuerhinterziehung zu bekämpfen. Wir brauchen die gemeinsame Anstrengung Schlupflöcher zu schließen. Wenn dieser Weg beschritten wird, entsteht der finanzielle Spielraum für eine Anhebung der Grundfreibeträge und eine steuerliche Begünstigung für Familien. Eine weitgehend aufkommensneutrale Neuregelung der Unternehmensbesteuerung ist nach unserer Einschätzung ebenfalls zu leisten.

Für uns als öffentlich Bedienstete ist wichtig, dass die Strukturreform des Dienstrechtes unter Beibehaltung des Grundsatzes des Berufsbeamtentums vorgebracht wird. Trotz aller Sparmaßnahmen dürfen die öffentlich Bediensteten von der Einkommensentwicklung nicht abgehängt werden. Auch die Angehörigen des öffentlichen Dienstes sind Konsumenten, die nur dann Geld ausgeben können, wenn sie entsprechende Gehaltsbezüge erhalten. Sollte bei einem Kassensturz festgestellt werden, die Haushaltssituation ist noch schlechter, als bisher bekannt, muss schon jetzt klar gesagt werden, dass die öffentlich Bediensteten ihr Sparsoll übererfüllt haben und keine neuen Eingriffe verkraften können. Harte und arbeitsreiche Wochen und Monate stehen uns bevor.

Mit kollegialen Grüßen

Ihr

Dieter Ondracek

DSTG Vorsitzender